



Keine Bildung ohne Medien!

Medienpädagogischer Kongress 2011

„Keine Bildung ohne Medien!“

24. und 25. März 2011

Technische Universität Berlin

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

*Die folgende Stellungnahme wurde am 24. März 2011 direkt im Anschluss an die AG-Diskussion in
Verantwortung der jeweiligen AG-ModeratorInnen erstellt.*

AG Medienbildung und soziale Ungleichheit – Kinder und Jugendliche aus benachteiligenden Verhältnissen besser fördern

Moderation: Klaus Rummler, Dr. Stefan Welling

Die drei zentralen bildungspolitischen Forderungen unserer AG sind:

1. Entwicklung und Etablierung einer medienpädagogischen Grundbildung über alle pädagogischen Arbeitsbereiche hinweg, die (1) ein verbindlicher Bestandteil aller pädagogischen Ausbildungsgänge ist, die mit Kindern und/oder Jugendlichen arbeiten, sich (2) über formelle, nicht-formelle sowie informelle Bildungsbereiche erstreckt und miteinander verbindet und vernetzt, (3) dem Konzept der Ganztagsbildung folgt, (4) an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen orientiert ist und den pädagogischen Akteuren geeignete Ressourcen an die Hand gibt, diese Lebensweltorientierung zur Grundlage der pädagogischen Arbeit zu machen.
2. Ausbau der Regelfinanzierung medienpädagogischer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen aus benachteiligenden Verhältnissen, um die Kontinuität und Qualität dieser Aktivitäten herzustellen und zu sichern. Bund, Länder und Kommunen sind dabei in gleicher Weise gefordert. Medienbildung ist eine öffentliche Aufgabe!
3. Breite Anerkennung medialer Ausdrucksformen von Kindern und Jugendlichen als bedeutsamer Teil ihrer Medienbildung. Medienbildung darf sich nicht auf den Erwerb kognitiver Kompetenzen beschränken, sondern muss verstärkt präsentativ-symbolische, visuelle, körperliche und spielerische Ausdrucksweisen einbeziehen, um Kindern und Jugendlichen aus benachteiligenden Verhältnissen adäquate Chancen einzuräumen, aus diesen Verhältnissen herauszutreten.

Weitere Punkte zu bildungspolitischen Anliegen, die in der AG-Diskussion eine wichtige Bedeutung hatten:

- Die Eltern von Kindern und Jugendlichen aus benachteiligenden Verhältnissen müssen durch niederschwellige Angebote stärker in die medienpädagogische Arbeit eingebunden werden.
- Die Verstetigung und qualitative Weiterentwicklung medienpädagogischer Arbeit bedarf der kontinuierlichen Evaluation.
- Um Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie deren Eltern besser zu erreichen, wäre es sinnvoll den Anteil der Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund deutlich zu steigern.